

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Sozialausschusses
von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Donnerstag, den 17.09.2020
Sitzungsbeginn:	15.00 Uhr
Sitzungsende:	17.45 Uhr
Ort, Raum:	Kulturzentrum „Das Haus“, Bahnhofstraße 30, Ludwigshafen; Sitzungsraum

Anwesend waren:

Stadtvorstand

Beate Steeg

SPD-Stadtratsfraktion

Holger Scharff

Romina Dimov

Martina Blaufuß

Jürgen Kofink

Eleni Vassiliadou

CDU-Stadtratsfraktion

Dr. Peter Uebel

Rebecca Wild

Kirsten Pehlke

Andreas Massion

Joannis Choroisis

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Uwe Lieser

Ibrahim Yetkin

Stadtratsfraktion Grüne LU und Piraten

Sebastian Hochwarth

Ralf Tönnies

AFD-Fraktion Ludwigshafen

Hans-Joachim Spieß

Nela Drescher

FDP-Stadtratsfraktion

Dieter Schneider

DIE LINKE Stadtratsfraktion

Friederike Rüd

Schritfführer/in

Maria Östreich-Liebl

Seniorenrat der Stadt Ludwigshafen e.V.

Seniorenrat Ludwigshafen e.V.

Anwesende, die dem Ausschuss nicht angehörten:

SPD-Stadtratsfraktion

Gabriele Albrecht

CDU-Stadtratsfraktion

Andreas Gebauer

GKV-Bündnis für Gesundheit

Selina Ernst

Jobcenter Vorderpfalz-Ludwigshafen

Anja Winnefeld

Entschuldigt fehlten:

FWG-Stadtratsfraktion

Andreas Sandmann

Tagesordnung:

1. Bericht des GKV-Bündnis Gesundheit "Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung"
Vorlage: 20202203
2. Sachstandsberichte zum Themenbereich "Arbeit"
Vorlage: 20202204
 - 2.1. Bericht des Jobcenters "Teilhabechancengesetz / Sozialer Arbeitsmarkt"
Vorlage: 20202205
 - 2.2. Bericht Beschäftigungsförderung "Teilhabechancengesetz / Sozialer Arbeitsmarkt"
Vorlage: 20202206
 - 2.3. Bericht des Jobcenters "Dienstbetrieb in Zeiten der Corona-Krise"
Vorlage: 20202207
 - 2.4. Bericht zur Arbeitsagentur "Dienstbetrieb in Zeiten der Corona-Krise"
Vorlage: 20202208
3. Sachstandsbericht Asyl
Vorlage: 20202209
4. Eintrittspreise für Menschen mit Behinderung
Vorlage: 20202210
5. Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat; Prüfauftrag für eine kommunale Anti-Diskriminierungsstelle
Vorlage: 20201830/1
- . Anfrage
 1. Anfrage der Stadtratsfraktion DIE LINKE - Auslaufen der Sozialbindung und Entwicklung der KDU
Vorlage: 20202290

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Sozialausschuss war beschlussfähig.

Protokoll:

zu 1 Bericht des GKV-Bündnis Gesundheit "Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung"

Der Sozialausschuss möge den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Kenntnis genommen.

zu 2 Sachstandsberichte zum Themenbereich "Arbeit"

zu 2.1 Bericht des Jobcenters "Teilhabechancengesetz / Sozialer Arbeitsmarkt"

Der Sozialausschuss möge den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Kenntnis genommen.

zu 2.2 Bericht Beschäftigungsförderung "Teilhabechancengesetz / Sozialer Arbeitsmarkt"

Der Sozialausschuss möge den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Kenntnis genommen.

zu 2.3 Bericht des Jobcenters "Dienstbetrieb in Zeiten der Corona-Krise"

Der Sozialausschuss möge den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Kenntnis genommen.

zu 2.4 Bericht zur Arbeitsagentur "Dienstbetrieb in Zeiten der Corona-Krise"

Der Sozialausschuss möge den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Kenntnis genommen.

zu 3 Sachstandsbericht Asyl

Der Sozialausschuss möge den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Kenntnis genommen.

zu 4 Eintrittspreise für Menschen mit Behinderung

Die Verwaltung bittet den Sozialausschuss darum, den Empfehlungen der Verwaltung zu folgen und ebenso, wie der Beirat für Menschen mit Behinderungen, diesen zuzustimmen.

B e s c h l u s s

Mit Stimmenmehrheit bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung wurde der Empfehlung der Verwaltung gemäß Vorlage zugestimmt.

Die Empfehlung wird für die Stadtratssitzung am 05.10.2020 weitergegeben.

zu 5 Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat; Prüfauftrag für eine kommunale Anti-Diskriminierungsstelle

Dem Prüfantrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ in der Stadtratssitzung am 29.06.2020 für eine kommunale Antidiskriminierungsstelle wurde einstimmig zugestimmt und zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss verwiesen.

Der Sozialausschuss nimmt die bisherige Umsetzung der verschiedenen Aufgabenstellungen einer Antidiskriminierungsstelle innerhalb der Ludwigshafener Stadtverwaltung zur Kenntnis. Ebenso die dargestellten Möglichkeiten für die Umsetzung einer kommunalen Antidiskriminierungsstelle – jeweils mit ihren finanziellen und personellen Auswirkungen.

Der Sozialausschuss möge über die verschiedenen Möglichkeiten und Ausgestaltungen einer kommunalen Antidiskriminierungsstelle beraten und eine Empfehlung für den nächsten Stadtrat aussprechen. Da die Einführung einer kommunalen Antidiskriminierungsstelle eine freiwillige Leistung wäre, müsste diese im Rahmen des von der ADD gebilligten Budgets abgebildet werden.

B e s c h l u s s

Innerhalb des Prüfantrages der Fraktion „DIE GRÜNEN IM RAT“ im Sozialausschuss am 17.09.2020 für eine kommunale Antidiskriminierungsstelle wurde mehrheitlich für die

Variante 2: Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle bei der Bürgerberatung der Oberbürgermeisterin in Kooperation mit den bestehenden Themenbeauftragten

gestimmt und die Empfehlung zur weiteren Beratung in die Stadtratssitzung am 05.10.2020 verwiesen.

zu Anfrage

**zu 1 Anfrage der Stadtratsfraktion DIE LINKE - Auslaufen der Sozialbindung und
Entwicklung der KDU**

Siehe schriftliche Stellungnahme

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss die Vorsitzende
um 17.45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.09.2020

Maria Östreich-Liebl
Schriftführer

Beate Steeg
Vorsitzende/r